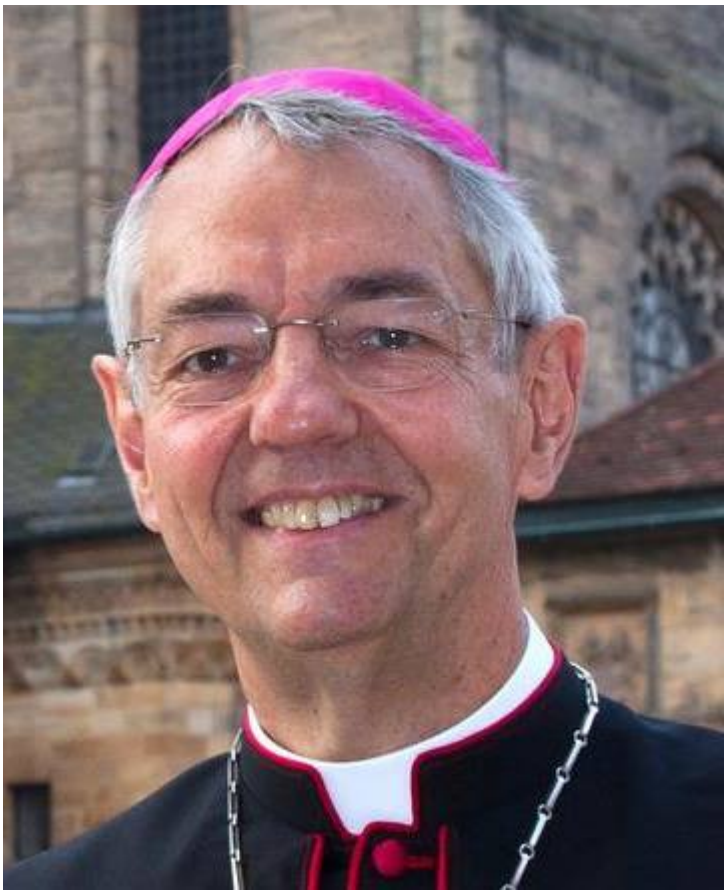
Erzbischof Schick: Deutschland soll global für Religionsfreiheit eintreten

30. Oktober 2019



Berlin (KNA) Deutschland muss sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass alle Staaten ihren Bürgern das Recht auf Religionsfreiheit zuerkennen – das forderte der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick am Montagabend in Berlin. Der Wert der Religionsfreiheit sei ein großes Plus, so Schick, der die Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz leitet. „Die Unfreiheit in Religionsfragen hemmt eine Gesellschaft in guter Entwicklung und gutem Fortschritt“, sagte er beim 12. Hohenschönhausen-Forum der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zum Thema „Religionen in Diktatur und liberalem Rechtsstaat“.

Bei einer Podiumsdiskussion betonte der Erzbischof, das Recht auf Religionsfreiheit beinhalte auch, dass man eine Religion verlassen oder zu einer anderen konvertieren könne. „Menschen, die aus der Kirche austreten, treten deswegen aber noch nicht aus der Religion aus“, sagte Schick. „Da sollte man vorsichtig sein.“ Es gebe in allen westlichen Gesellschaften derzeit eine große Institutionenkritik, die nicht nur die Kirchen, sondern auch Parteien oder Gewerkschaften betreffe.

„Ich kenne sehr viele Menschen, die aus der Kirche aus verschiedenen Gründen austreten, etwa weil sie die Kirchensteuer nicht zahlen wollen oder weil die Kirche viel Mist gemacht hat – aber sie sagen weiter: Ich bin Christ“, so der Erzbischof. Allerdings brauche es die institutionalisierten Kirchen auch weiterhin: Sie achteten darauf, „dass die Religion nicht verwildert“.

Die Geschäftsführerin der Deutschlandstiftung Integration, Gonca Türkeli-Dehnert, sprach sich dafür aus, für das Recht auf Religionswechsel zu werben. Vor allem in der muslimischen Gesellschaft in Deutschland sei man oft noch nicht so weit, dass man es akzeptiere, wenn Menschen ihre Religion wechselten. „Wenn in Deutschland ein christlicher Jugendlicher Muslim werden will, sind die Eltern aber oft auch nicht sehr begeistert.“

Türkeli-Dehnert betonte, dass nur rund 20 Prozent der Muslime in Deutschland durch die Islamverbände in Deutschland repräsentiert würden. „Ich selbst fühle mich durch keinen Islamverband vertreten“, sagte sie. Es sei aber ein Problem, dass die 80 Prozent der Muslime, die keiner der sieben Mitgliedsorganisationen des Koordinationsrats der Muslime (KRM) angehörten, kaum eine Möglichkeit hätten, sich in gesellschaftlichen Diskussionen zu äußern.

(KNA - tlkms-89-00177)

Stand: 16. November 2026